



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0836890

P/XVI/174 - 4. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>ZUR FÜHRUNG DES STAATES ENTSCLOSSEN</u> Vor dem Deutschland-Treffen der SPD in Nürnberg Von Waldemar von Kroeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD.	101
3	<u>Neuer Stil</u> Willy Brandt - kein unfaires Wort	36
4 - 5	<u>Skandinavien und die EWG</u> Wirtschaftliche und politische Überlegungen Von Rudolf Eübner, Stockholm	70
6 - 7	<u>Nord- und Südamerika rücken näher zusammen</u> Die erste panamerikanische Konferenz in Montevideo Von Max Diamant, Mexiko	96

* * *
* *

ZUR FÜHRUNG DES STAATES ENTSCLOSSEN

Vor dem Deutschlandtreffen der SPD in Nürnberg

Von Waldemar von Knoeringen, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Am 12. August wird man in Deutschland zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Sozialdemokratische Partei in den Wochen bis zum 17. September mit einer gewaltigen Anstrengung, mit grösster Entschlossenheit und mit einer klaren Zielsetzung um ein Wahlergebnis kämpfen wird, das die CDU in die Opposition zwingt und der SPD ermöglicht, die politische Führung in der Bundesrepublik zu übernehmen. Das an diesem Tag in Nürnberg stattfindende Deutschland-Treffen der SPD, zugleich die Eröffnung der letzten Phase des Wahlkampfes, wird auch die von einem Übermass an Menschenverachtung und Hochmut gezeichnete Einbildung der CDU/CSU, das Wahlergebnis stehe schon vor dem Wahltag fest, zerbrechen.

Zuverlässig und regierungsfähig

Vor allem wird in Nürnberg sichtbar werden, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Jahre 1961 mit einer weitaus besseren Ausgangsposition als in den Sommermonaten 1957 in die entscheidenden Wochen des Wahlkampfes eintreten kann. Die SPD präsentiert sich in Nürnberg als eine Volkspartei, der es in den letzten vier Jahren gelungen ist, letzte Reste längst überflüssig gewordenen Misstrauens zu beseitigen, in neue Schichten des Volkes und damit auch der Wähler vorzustoßen, als eine Partei, deren Zuverlässigkeit und Regierungsfähigkeit in der Bundesrepublik und in der freien demokratischen Welt anerkannt und bestätigt wird.

Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen vier Jahren hart an sich gearbeitet; denn sie weiss, dass die neue Zeit, in der wir leben, nicht mit traditionseladeneren Vorstellungen bewältigt werden kann. Im Jahre 1961 stellt sich die SPD dem Wähler als eine geistig vorjüngte und von den Kräften der jungen Generation getragene Partei. Sichtbare Zeichen der Vorjüngung der SPD sind das Godesberger Programm, das zum ersten Mal von einer deutschen Partei in dieser Klarheit vorgelegte Regierungsprogramm, sichtbare Zeichen sind auch Persönlichkeiten der jungen Politikergeneration, die sich in Positionen mit hoher Verantwortung bewährten; hier sind zu nennen der Regierende Bürgermeister und Kanzlerkandidat Willy Brandt, nach ihm der erst 35-jährige tatkräftige Oberbürgermeister der jüngsten deutschen Millionenstadt München, Dr. Hans Egon Vogel.

Stillstand bei der CDU/CSU

Der grosse Gegner der Sozialdemokratie, die CDU/CSU, verzeichnet gerade dort einen Stillstand, er hat dort nichts zu sagen, wo die SPD in den letzten vier Jahren erhebliche Fortschritte erzielen konnte. Vier Punkte sprechen dafür, dass die CDU/CSU reif zur Opposition ist.

1. Sie hat das Generationenproblem für das höchste Regierungsamt nicht lösen können. Deshalb muss der im 86. Lebensjahr stehende Dr. Adenauer für das höchste Regierungsamt kandidieren, das er noch im 90. Lebensjahr wahrnehmen müsste, will er als Kanzler die nächste Wahlperiode durchstehen. Seines ehrgeizigen Nachfolger Franz Josef Strauss bringt das deutsche Volk grösstes Misstrauen entgegen.

2. Die CDU/CSU ist nicht fähig, dem deutschen Volke klarzumachen, wie sie sich den Weg des deutschen Volkes in den kommenden vier Jahren vorstellt, welche Maßnahmen durchzuführen sie entschlossen ist, um die ungerechte Vermögensverteilung zu beseitigen, um die längst fällige grosse Sozial- und Bildungsreform durchzuführen. Die CDU/CSU ist nicht in der Lage, dem Regierungsprogramm der SPD eine Alternative gegenüberzustellen.

3. Es steht fest und ist nicht zu widerlegen: Die Wahlkampfkonzep-tion der CDU/CSU, der Schmutz- und Drecklinie des Jahres 1957 nachge-plant, ist gescheitert. Das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Entschlossenheit der SPD, die kommunistische Drohung zurückzuweisen, ist nicht mehr zu erschüttern. Die von der CDU/CSU und ihren Freunden publi-zierten Verunglimpfungen sozialdemokratischer Persönlichkeiten schlagen auf die CDU/CSU zurück, werden von den deutschen Gerichten verfolgt, abgeurteilt oder müssen von der CDU selbst zurückgezogen werden.

4. Die CDU/CSU hat sich in diesen Wochen der höchsten Forderung na-tionaler Selbsterhaltung verschlossen, als sie die gemeinsame Front al-ler Parteien gegenüber der kommunistischen Bedrohung ablehnte. Die CDU/CSU missachtet in der Stunde der höchsten Gefahr aus wahltaktischen Gründen den Wunsch des deutschen Volkes nach Einigkeit in aussenpoliti-schen Fragen.

Immer neue Impulse durch die SPD

Eine von der jungen Generation getragene, verantwortungsbewusste SPD - eine dem Altersstarrsinn Dr. Adenauers ausgelieferte, ihrer Verant-wortung sich nicht mehr bewusste CDU/CSU: Das ist die Ausgangsposition am 12. August in Nürnberg, sechs Wochen vor der Entscheidung über die Zusammensetzung der künftigen deutschen Regierung.

Es ist kein Zufall, dass Bayern als Land, dass Nürnberg als Stadt des grossen Deutschland-Treffens der SPD gewählt wurden. Das Traditions-gebiet der SPD in Franken, vor allem im Nürnberger Raum, verbindet sich in Bayern mit den von der SPD neugewonnenen Gebieten; haben doch vor al-lem in Südbayern nach der Verabschiedung des Godesberger Programms sich Hunderttausende von Katholiken in einer Wahl zum ersten Mal für die SPD entschieden. Die Sozialdemokratie hat nach dem Krieg in Bayern zwei Par-teitage durchgeführt: 1947 in Nürnberg, 1956 in München. Auf dem Partei-tag in München wurden zum erstenmal von einer grossen deutschen Partei die entscheidenden Fragen der zweiten industriellen Revolution aufgeworfen. Das Godesberger Programm und das in Nürnberg im Mittelpunkt stehende Re-gierungsprogramm sind die klare Fortsetzung des 1956 in München begonne-nen Weges. Auch das wird in Nürnberg deutlich werden.

Bayern hat seine eigene politische Atmosphäre. Seit den Tagen des Georg von Vollmar hat die SPD Bayerns ihre besondere Note. Nach zwölf Jahren Bundesrepublik wissen wir, dass eine föderative Ordnung, richtig verstanden, ein für die Erhaltung der Demokratie lebenswichtiger Stabili-tätsfaktor ist; vor allem dann, wenn die gegenwärtige Bundesregierung die Erhaltung ihrer Macht über die Wahrung demokratischer Prinzipien stellt. Auch in der Kulturpolitik hat die SPD Bayerns Initiativen in das ganze Bundesgebiet ausgestrahlt und immer wieder gefordert, dass der Kultur-politik die Bedeutung zugemessen wird, die ihr im Zeitalter der entfalte-ten Wissenschaft und Technik zukommt.

Auch dieses fortschrittliche und aufgeschlossene süddeutsche Element wird als untrennbarer Teil der Sozialdemokratie sichtbar werden, wenn am 12. August Zehntausende von Menschen aus der Bundesrepublik, aus Bayern, besonders aber aus Franken nach Nürnberg kommen, um vor dem deutschen Volk die Forderung nach Ablösung der CDU/CSU zu erheben, die ersetzt wer-den muss durch eine sozialdemokratische Regierung mit Willy Brandt als Kanzler.

Neuer Stil

Willy Brandt - kein unfaires Wort

sp - Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidat der SPD, hat in den letzten Wochen einen grossen Teil der Bundesrepublik besucht und in mehr als 500 Ansprachen und Reden zu vielen Tausenden gesprochen. Dass der Erfolg, den Willy Brandt hierbei hatte, die CDU ärgert und zu dümmlichen Bemerkungen veranlasst, ist verständlich. Was soll man bei der Adenauer-Partei schon anderes tun, wenn einer keine Argumente gegen das sozialdemokratische Regierungsprogramm einfallen.

Uns interessiert im Zusammenhang mit den Reisen von Willy Brandt etwas ganz anderes.

- * Die Lektüre der regionalen Presse und besonders derjenigen
- * Zeitungen, die keineswegs Willy Brandt oder der Sozialdemokratie gewogen sind, zeigt, dass der Kanzlerkandidat der
- * SPD von der Bevölkerung nicht nur mit Sympathie und Begeisterung empfangen wird, sondern dass von ihm in seinen vielen
- * Reden und Ansprachen kein einziges, den politischen Gegner
- * schmäherndes oder verletzendes Wort gefallen ist. Willy Brandt
- * hat damit den neuen Stil in der deutschen Politik demonstriert,
- * der in sozialdemokratischen Regierungsprogramm gefördert wird.

Vielleicht wird man hier und dort zu dieser Feststellung sagen, die Anständigkeit im Wahlkampf - und nicht nur im Wahlkampf - sei eine Selbstverständlichkeit. Das ist sie auch und müsste es für j e d e n Repräsentanten einer demokratischen Partei sein.

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. CDU-Rechner aller Garnituren verzichten auch dieses Mal nicht darauf, den politischen Gegner persönlich anzugreifen. Wenn ihnen das geeignete Ziel dazu fehlt, unterstellen sie - genauso wie ihr Vorsitzender Dr. Konrad Adenauer - dem politisch Andersdenkenden Vorstellungen und Auffassungen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Über das sozialdemokratische Regierungsprogramm wird n i c h t diskutiert.

Der Erfolg Willy Brandts bei seinen Reisen durch die Bundesrepublik beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, dass er sich zwar hart mit den Meinungen anderer auseinandersetzt, aber hierbei kein persönliches und besonders kein unfaires Wort sagt. Die Bevölkerung, die den Regierenden Bürgermeister von Berlin empfängt, hat ein starkes Gefühl dafür und weiss diese Fairness zu schätzen.

Skandinavien und die EWG.

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Grossbritanniens Antrag um Aufnahme in die EWG hat - obwohl schon lange damit gerechnet wurde - in Nordeuropa eine lebhafte Debatte entfacht.

D ä n e m a r k, das wegen seines Agrarexportes schon vor Bildung der EFTA einen Anschluss an die EWG erwogen hatte, ist dem Beispiel Grossbritanniens gefolgt, denn es kann sich nicht leisten, ausserhalb der Zollmauern der EWG zu bleiben, wenn seine wichtigsten Absatzmärkte - die Bundesrepublik und bald vielleicht auch Grossbritannien - und sein schärfster Konkurrent, Holland, innerhalb des EWG-Zollbereiches wären. Diese Agrarbelange sind auch heute noch ausschlaggebend, obwohl Dänemark nun dank der raschen und kraftvollen Entwicklung seiner Exportindustrie nicht mehr so ausschliesslich wie früher vom Export landwirtschaftlicher Produkte abhängig ist. Das Industriewachstum scheint auch bewirkt zu haben, dass die dänische Wirtschaft sich nicht mehr so stark von einer zollbefreiten Industrie der Bundesrepublik bedroht zu fühlen braucht wie früher.

In **N o r w e g e n** fürchtet die Industrie Rückschläge, falls sie den bisherigen Zollschutz verliert. Diese Furcht hatte sich schon bei den Verhandlungen über eine nordische Zollunion hemmend ausgewirkt und wird zweifellos ein starkes Hindernis bilden, falls Norwegen genötigt werden sollte, in der einen oder anderen Form seinen wichtigsten Handelspartner Grossbritannien auf dem Wege in den EWG-Bereich zu folgen. Die Regierung und die meisten Zeitungen machen aus der Not eine Tugend und meinen, es sei am besten abzuwarten, wie sich die Verhandlungen Grossbritanniens und Dänemarks mit der EWG entwickeln werden. Die Regierung will diesen für Norwegen so schwerwiegenden Fragenkomplex aus dem Wahlkampf heraushalten. Im Herbst sind norwegische Parlamentswahlen.

In Norwegen und Schweden äussern die offiziellen Stellen Vertrauen zu Grossbritanniens Versicherung, dass es den ungeliebten Schritt in die EWG nur tun würde, wenn den "legitimen Interessen aller EFTA-Partner" im Zusammenhang mit der EWG Rechnung getragen wird. In einigen Zeitungen wird dieser Solidaritätserklärung mit Skepsis begegnet.

Für **S c h w e d e n** ist die Frage eines Anschlusses an die EWG wegen der schwedischen Neutralität etwas anders gelagert als in Dänemark und Norwegen, die beide Mitglieder der NATO sind.

4. August 1961

Ministerpräsident E r l a n d e r, der sofort eine Besprechung mit den Führern der demokratischen Parteien hatte, erklärte im Fernsehen, dass Schweden natürlich nicht seine traditionelle Neutralitätspolitik aufgeben könne, aber stets bereit sei, an der Beseitigung aller Schranken im Aussenhandel mitzuarbeiten - die EFTA sei ja stets nur als Übergang zu einer grösseren europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gedacht gewesen. Die schwedischen Pressekommentare sind sehr verschieden. Teils wird empfohlen, alle Bedenken über Bord zu werfen und den Anschluss an die EWG zu suchen, teils mahnt man zum Abwarten und weist darauf hin, dass die wichtigsten schwedischen Exportgüter im Auslande keinen Einfuhrzöllen unterliegen; allerdings trifft dies für die expandierende Maschinenindustrie nicht zu.

Zweifellos besteht in Schweden ein starkes Wirtschaftsinteresse, bei einer allgemeinen europäischen Integration nicht isoliert zu werden. Andererseits ist man aber - ganz abgesehen von der Neutralitätsfrage - auch kaum geneigt, die eigene Entwicklung den Tendenzen in der EWG unterzuordnen, welche auf eine Koordinierung der Sozialpolitik, der Ausbildung, der Kontakte mit den Entwicklungsländern u.a. hinzielen, weil die Auffassungen in Schweden mit jenen in den EWG-Ländern in vielen Dingen nicht übereinstimmen.

Mit ernster Besorgnis wird der Schritt Grossbritanniens in F i n n l a n d beobachtet. Dieses Land, das zum Unterschied von allen anderen EFTA- und EWG-Ländern einen lebenswichtigen Handelsverkehr mit dem Sowjetblock unterhält und politisch stark exponiert ist, hatte es schon sehr schwer, seine Beziehungen mit Moskau und seinen Wunsch nach einer Assoziation an das EFTA-Abkommen auf einen Nenner zu bringen. Für einen auch nur losen Anschluss an die EWG scheinen, wie die Dinge jetzt liegen, wegen der starken politischen Integrationsbestrebungen in der EWG so gut wie keine Aussichten zu bestehen. Blicke aber Finnland von einer europäischen Wirtschaftsintegration ausgeschlossen, so müsste mit politischen Folgen gerechnet werden, die keineswegs im Interesse einer freiheitlichen Demokratie wären. Diese spezifisch finnische Situation wird natürlich auch auf Schwedens Haltung einigen Einfluss haben.

+ + +

Nord- und Südamerika rücken näher zusammen

Die erste panamerikanische Konferenz in Montevideo

Von Max Diamant, Mexiko

Am 5. August ist in Montevideo die erste panamerikanische Konferenz zusammengetreten. Wegbereiter zu diesem Ereignis war ohne Zweifel der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson. Das Arbeitsprogramm, das Stevenson vor kurzem mit seiner achtzehntägigen Rundreise durch die zehn südamerikanischen Hauptstädte bewältigte, ist eine erstaunliche persönliche und politische Leistung. Die volle Bedeutung dieses konzentrierten Meinungsaustauschs mit den politischen Führern Südamerikas liegt nicht nur auf regionaler lateinamerikanischer Ebene. Man muss diese Reise Stevensons durch den südlichen Teil des amerikanischen Kontinents im Zusammenhang sehen mit den anderen grossen Anstrengungen der Kennedy-Regierung, gleichzeitig in allen entscheidenden Regionen der weltpolitischen Spannungszentren eine globale Bestandsaufnahme durchzuführen. Insofern ist Stevensons südamerikanischer Besuch als bevollmächtigter Sonderbotschafter Kennedys der Stil nach eine bedeutsame Ergänzung zu der grossen Informationsreise des Vizepräsidenten Johnson nach Südostasien und zu der Blitzreise Kennedys selbst nach dem europäischen Zentrum.

Stevenson hat ohne Ausnahme alle südamerikanischen Regierungschefs gesprochen, und trotz Bedenken und Kritik nicht einmal den letzten Militärdiktator dieser Region, den General Alfred Stroessner aus Paraguay, ausgelassen. Auch Kennedy hat bekanntlich seine kurze Europareise so gestaltet, dass er hier unmittelbare Spitzengespräche nicht nur mit dem Gegenspieler Chruschtschow, sondern vorher mit de Gaulle und nachher mit Macmillan führte - nachdem er früher schon in Washington von deutscher Seite zunächst Willy Brandt und dann Adenauer sowie den italienischen Ministerpräsidenten Fanfani empfangen hatte.

Kaum dass der eindrucksvolle Bericht Stevensons von seiner Südamerikareise vorlag, liess das State Department wissen, in den nächsten Wochen werde Stevenson eine Europa-Tour durchführen. Und nach dem anderen Teil Lateinamerikas, nach Mexiko und Zentralamerika, sei eine Sondermission unter der Führung des Vizepräsidenten Johnson vorgesehen. Das Ganze hat aber wenig mit dem Hochgang politischer publicity zu tun und noch weniger mit Propagandareisen nach der Art Chruschtschows. Für Nixon und Eisenhower waren die Auslandstourneen, die sie durchführten, meist feierliche Staatsakte und auf jeden Fall grosse Demonstrationen des guten Willens Washingtons - nur waren sie nicht immer entsprechend gut vorbereitet, nicht immer glückten sie und nicht immer konnte das angekündigte Programm auch durchgeführt werden. Aus nachwirkendem Ressentiment oder aus wachgerufenem Misstrauen sah man in ihnen oft nicht viel mehr als politische Stützungsaktionen für nahestehende Regierungen oder öffentliche Gunstbezeugungen für bestimmte Gruppen.

Nixons missglückte Tour durch Lateinamerika von 1958, die im wesentlichen eine spontane lateinamerikanische Quittung und Vergeltung

war, und Eisenhowers verhinderter Tokio-Besuch hatten so in der politischen Rückwirkung zweifellos eine gewisse alarmierende und aufreizende Note aufkommen lassen. Man atmete darum seinerzeit in Washington sichtlich auf, als vor einem Jahr der Staatsbesuch des scheidenden Eisenhower in einigen Hauptstädten Lateinamerikas freundlich ablief, und der "Friedensgeneral" auch in der Öffentlichkeit mit Respekt und Achtung beehrt wurde. Um die gleiche Zeit etwa wurde damals der Privatmann und ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson, bei seiner ersten grossen Informationsreise durch Lateinamerika, von den Regierungen, von den verschiedenen politischen und demokratischen Gruppierungen, von der Presse und von der Öffentlichkeit mit überschäumender lateinamerikanischer Herzlichkeit und mit tiefer Hochachtung aufgenommen. Damals kam das Wort auf, dass Stevenson ganz sicher zum dritten Mal demokratischer Präsidentschaftskandidat sein würde, wenn Lateinamerika bei der Kandidatenauswahl nur mitbestimmen könnte.

Stevensons südamerikanischer Reise war die schwierige Aufgabe gesetzt, das Vertrauen Lateinamerikas für die proklamierte Kooperation zwischen dem Norden und dem Süden des amerikanischen Kontinents neu zu fundieren und einen Schlußstrich zu machen unter all das, was die Kuba-Invasion an neuem Misstrauen, an Desorientierung, an auseinanderstrebenden Tendenzen in ganz Lateinamerika wieder entfacht hatte. Dabei hat Stevenson die südamerikanischen Regierungen keineswegs zu einer bestimmten, in Washington vorgefabrizierten und Washington genehmen Haltung pressen oder bewegen wollen. Indem er aber mit aufgeschlossener Verständnissbereitschaft und mit kritischem Geist zu den dringenden lateinamerikanischen Fragen die Meinungen jeder einzelnen und aller südamerikanischen Regierungen klarstellte und herausarbeitete, gelang es ihm in Wirklichkeit, mehr gegenseitiges Verständnis, mehr demokratischen Verantwortungswillen und mehr amerikanische Gemeinsamkeit zu unreißen.

Stevenson hat mit seiner Reise durch Südamerika in hohem Maße dazu beigetragen, dass in Lateinamerika jetzt die Chance aufkommt, die Stimmungswellen der letzten zwei Jahre - die unter dem Zeichen der Explosion, der Katastrophe und des Chaos standen - durch eine Grundstimmung des Vertrauens, das zurückkehrt, im weiteren abgelöst zu sehen. Dass trotz des grossen politisch-moralischen Debakels, das das Abenteuer der arrangierten Kuba-Invasion in ganz Lateinamerika bewirkte, jetzt nach einigen Monaten die Anziehungskraft Fidel Castros deutlich im Zurückgehen ist, dürfte nicht zuletzt auch eine Rückwirkung der Haltung und des Berühens Stevensons sein. In den Augen der eigentlichen politischen Führungskräfte Lateinamerikas, seiner Regierungen und seiner Intellektuellen, ist dieser kritische Schöngeist aus Washington ein wichtiger Garant dafür, dass in der bevorstehenden Etappe der nordamerikanisch-lateinamerikanischen Beziehungen der junge Präsident des Weissen Hauses nicht nur ein dynamisches sozialökonomisches Programm entwickeln, sondern auf zuverlässige Weise in unbedingter Freundschaft Lateinamerika zur Seite stehen wird.

Die Ergebnisse der Stevensonreise durch Südamerika zeigen jetzt klar, dass sie geradezu eine Voraussetzung dafür war, damit in Montevideo am 5. August in einer Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses die erste panamerikanische Konferenz zur Ausarbeitung eines kontinentalen Entwicklungsprogrammes zusammentreten konnte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel